

Aschot Manutscharjan

Tabu-Thema Völkermord an den Armeniern in der Türkei

Auch wenn in Deutschland viel über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union diskutiert wird, das Thema „Völkermord an den Armeniern“ spielt in den Debatten kaum eine Rolle, es sei denn, Historiker sind beteiligt. Umso mehr zeigten sich Teile der deutschen Öffentlichkeit überrascht, als der französische Sozialisten-Chef plötzlich eine Beitrittsbedingung erwähnte, die die deutsche politische Klasse gerne verschweigt: In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 24. Oktober 2004 zählte François Hollande „die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch die türkische Regierung“ zu den Voraussetzungen, die Ankara im Falle eines Beitritts erfüllen müsse. „Ich kann mir kein Mitglied in der EU vorstellen, das sich seiner Vergangenheit nicht stellen will. Wir dürfen nicht vergessen, dass die deutsch-französische

Aussöhnung eine Grundlage des europäischen Einigungswerkes bildet“, fügte der Sozialist hinzu. Diese klare Aussage muss vor allem die Repräsentanten der europäischen Grünen schmerzen. Schließlich hatten sie erklärt, dass es keine offenen Fragen mehr mit Blick auf den EU-Beitritt der Türkei gebe. Der Völkermord an den Armeniern ist für sie wohl nur eine vernachlässigenswerte Größe.

Am 24. April 1915 wurden in Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, 600 namhafte Armenier verhaftet und ermordet. Mit diesem Verbrechen begann die von der jung-türkischen Regierung organisierte und systematisch durchgeführte Vernichtung der „christlichen Rasse der Armenier“. Anderthalb Millionen armenische Bürger fielen diesem ersten Völkermord des zwanzigsten Jahrhunderts zum Opfer. Ziel der Jung-Türken war es, einen ethnisch homogenen Staat zu schaffen. Allerdings bestreitet Ankara bis heute

kategorisch den millionenfachen Mord, der zwischen 1915 und 1923 im Osmanischen Reich und der Türkei exekutiert wurde. Während dieser acht Jahre setzten die Jung-Türken nicht nur alles daran, die armenischen Staatsbürger zu vernichten, auch andere Minderheiten wie die Pontos-Griechen und nahezu 500 000 Aramäer fanden den Tod. Obwohl seitdem alle türkischen Regierungen den Genozid leugnen, ist das Ereignis in der westlichen Forschung unumstritten.

Schon während des Ersten Weltkrieges hatten die Alliierten die jung-türkische Regierung aufgefordert, die für die Vernichtung der Armenier Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Um ihre Mitwisserschaft an diesem Verbrechen zu verbergen, veröffentlichte das Auswärtige Amt bereits 1918 eine Sammlung diplomatischer Akten, die nachweisen sollten, dass allein die Jung-Türken den Völkermord verübt hätten. Dabei geht aus

dem Briefwechsel zwischen dem Außenamt und der deutschen Botschaft in Konstantinopel hervor, dass Berlin seinen Diplomaten vor Ort kategorisch verboten hatte, sich in die „Armenische Frage“ einzumischen. Schließlich wollte Deutschland seinen wichtigen Kriegsverbündeten nicht verärgern. Heute gehören die Berichte der deutschen und österreichischen Diplomaten, der Missionare und Militärs zu den wichtigsten Quellen, die den Genozid an dem christlichen Volk belegen.

Bereits in den „Richtlinien für deutsche Journalisten“ vom 7. Oktober 1915 heißt es: „Über die Armeniengreuel ist folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern nicht einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilen Pflicht zu schweigen. Später, falls direkte Angriffe des Auslandes wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss man die Sache mit größter Sorgfalt und Zurückhaltung behandeln und stets hervorheben, dass die Türkei schwer von den Armeniern gereizt wurde.“

Seitdem sich die Türkei ernste Chancen ausrechnen kann, in wenigen Jah-

ren als Vollmitglied der Europäischen Union anzugehören, kennt Ankara nur noch Feind oder Freund: Jedes noch so kleine Hindernis, das den Beitritt gefährden könnte, wird gnadenlos aus dem Weg geräumt. Im Fadenkreuz der türkischen EU-Protagonisten befinden sich dabei Einzelpersonen oder Institutionen, die sich ihre unabhängig kritische Haltung gegenüber dem kleinasiatischen Land bewahrt haben.

Im Rahmen der Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei wächst einer Forderung immer stärkeres Gewicht zu: der Bereitschaft Ankaras, sich ohne Wenn und Aber kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen. Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler hat das Problem in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf den Punkt gebracht:

„Den Armeniermord streitet die offizielle türkische Politik bis heute ab ... Man kann von jemandem, der Kandidat für den Beitritt in die EU sein will, erwarten, dass er hier einmal klipp und klar selbstkritisch Farbe bekennt.“

Auch Tessa Hoffmann, die Armenien-Expertin aus Berlin, beharrt darauf, dass „die Türkei nicht Mitglied der Europäischen Union werden darf, solange sie nicht in der Lage

ist, sich zu ihrer Vergangenheit zu bekennen. Die Leugnung oder das Verharmlosen eines Völkermords gilt in der Genozidforschung als letzte Etappe und integraler Bestandteil dieses größten aller denkbaren Verbrechen.“ Deshalb habe das Europaparlament die Türkei in bisher drei Resolutionen aufgefordert, den Völkermord an den Armeniern als historische Tatsache anzuerkennen. Abgesehen davon, dass Ankara diese Bringschuld bis heute verweigere, füge die Türkei den Nachfahren der Opfer durch die fortgesetzte Leugnung des Verbrechens immer wieder unermesslichen Schmerz zu. Dabei gehöre die Bereitschaft, sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen, zu den Fundamenten der EU als ethischer Wertegemeinschaft.

Mit Vergeltungsmaßnahmen reagierte die Türkei, als die französische Nationalversammlung im Mai 1998 den Genozid an den Armeniern offiziell anerkannte. Diesem Schritt schloss sich das Schweizer Parlament im Dezember 2003 an. Drei Monate zuvor hatte Ankara die Außenministerin der Schweiz eingeladen, als das Parlament im Kanton Vaud (Waadt) den Völkermord anerkannt hatte.